Gerechtigkeit Solidarität Frieden

Zeitung der Linksfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Stachlig, pfiffig, frech...

...sind wir, sechs Frauen und fünf Männer, 11 von 71 Abgeordneten im Schweriner Landtag.
Wir sind uns der großen Verantwortung bewusst, die wir als einzige Oppositionsfraktion haben, die sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzt. M-V muss raus aus dem Lohnkeller. M-V muss allen Kindern im Land die gleichen Chancen auf Bildung und eine gute Entwicklung geben. M-V braucht gleichwertige Lebensverhältnisse, ob in Mecklenburg oder Vorpommern, ob in Arpshagen oder in Zinnowitz. M-V braucht Busse und Bahnen. M-V braucht Kommunen, die ausreichend Geld bekommen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
Wir machen nicht nur Politik für Sie, sondern gemeinsam mit Ihnen. Deshalb freuen wir uns über jedes Gespräch, jede Kritik und Anregung und sind viel im Land unterwegs. Wir machen mit Aktionen auf Straßen und Plätzen auf unsere Angebote aufmerksam, reden mit Ihnen und ermuntern Sie, sich einzumischen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Jeder und jede einzelne trägt Verantwortung – für sich selbst und ein tolerantes, friedliches Zusammenleben aller Menschen.
Kritisch, selbstbewusst und konstruktiv setzen wir uns mit der Politik der regierenden Großen Koalition auseinander, die sich allzu oft in Ankündigungen und Willenserklärungen erschöpft. Diese Regierung trägt mit Verantwortung dafür, dass im bundesweiten Vergleich die geringsten Löhne bezahlt werden, die größte Kinder- und Altersarmut sowie der größte Fachkräftemangel herrschen. Unsere Anträge, Diskussionsangebote und Vorschläge werden von SPD und CDU reflexartig vom Tisch gewischt. Aber wir lassen uns nicht entmutigen – und so ist es uns beispielsweise gelungen, dass endlich das Bestattungsrecht auf den Prüfstand kommt, die unbefristete Einstellung von Lehrkräften geprüft und der NSU-Komplex endlich in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet wird.

Mit dieser Zeitung stellen wir Ihnen einige Schwerpunkte unserer Arbeit vor. Größeren Raum nimmt die Problematik „Übergang Schule-Beruf“ ein. Hier liegt vieles im Argen. Wir meinen: Alle Kinder und Jugendlichen in M-V haben ein Recht auf eine gute Zukunft im Land. Aber lesen Sie selbst.

Simone Oldenburg

Ohne Moos nix los: Kommunale Investionen für Bildung

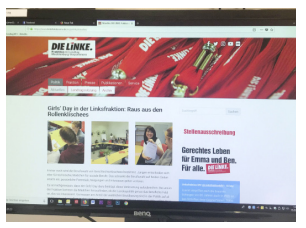
Gute Bildung kostet Geld, was vielerorts fehlt. Träger der Schulen sind meist die Landkreise, Städte oder Gemeinen. Wir fordern seit Jahren eine bessere Finanzausstattung für die Kommunen durch das Land. Bisher ist nicht viel passiert. Nicht nur die Kreisstraßen bröckeln vor sich hin, teilweise auch die Schulen, in denen täglich landesweit fast 150 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Fehlende Sanierung und Modernisierung beeinflussen natürlich auch den Unterricht. Wände sind feucht und die Raumluft ist schlecht. Manch Unterricht findet in räumlich beengten Verhältnissen statt. Turnhallen sind oft in einem erbärmlichen Zustand.
Hier muss dringend etwas passieren. Das von der Ministerpräsidentin angekündigte Programm für Schulbau und –sanierung bis 2021 kommt reichlich spät und ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kommunen, die für die bauliche Erhaltung und Ausstattung der Schulen im Land verantwortlich sind, müssen in die Lage versetzt werden, kräftig in Schulen investieren zu können. Dafür muss das Land ein größeres Stück vom Kuchen an die Kommunen abgeben. Warum auch nicht, Jahr um Jahr verzeichnet das Land beachtliche Haushaltsüberschüsse. Die Mittel sind da, endlich für bessere Bedingungen an den Schulen und Berufsschulen zu sorgen.
Dazu gehört es auch, in die digitale Infrastruktur, wie etwa den Breitbandanschluss, und in die Ausstattung von Schulen mit moderner IT-Technik zu investieren, und zwar jetzt und nicht Sankt Nimmerlandstag. Ansonsten läuft Mecklenburg-Vorpommern Gefahr, noch weiter den Anschluss zu verlieren.

Jeannine Rösler

Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Holger Kiehn im Gespräch

Zur Situtation der Produktionsschulen im Land **Seite 3**



Fraktion im Internet

Die vielen Möglichkeiten für direkte Informationen **Seite 5**

Das Leben in der Fraktion

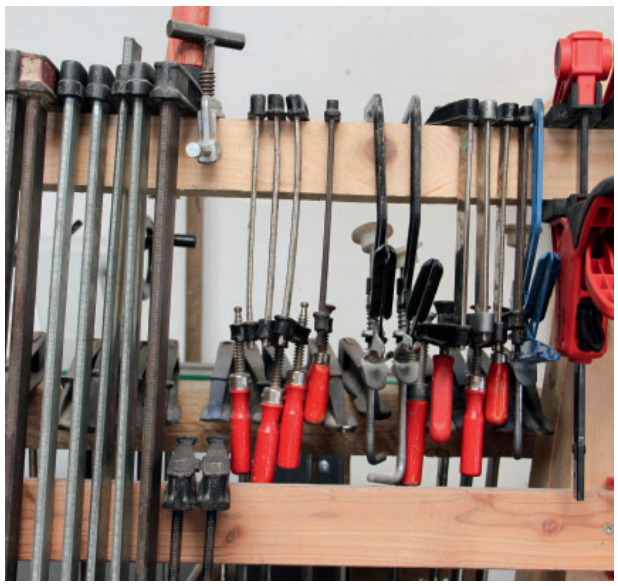
Eine Fraktion zum Erleben und Mitmachen **Seite 6**

Kostenlose Kita jetzt

An unserer Zukunft darf nicht gespart werden **Seite 7**

PREISRÄTSEL **Seite 4**

Berufliche Schulen auf dem Abstellgleis



In Mecklenburg-Vorpommern herrschen die schlechtesten Bedingungen für den beruflichen Nachwuchs. Das hat erst wieder der jüngste Ausbildungsmonitor bestätigt. Dabei stehen M-V und ganz Deutschland vor einem riesigen Fachkräftemangel. Wir haben nicht nur die höchste Abbrecherquote und die geringsten Bildungsausgaben je Berufsschüler. In keinem anderen Bundesland liegen die Standorte beruflicher Schulen so weit auseinander wie in M-V. Entlegene Landesfachklassen machen eine wohnortnahe Ausbildung meist unmöglich.

Wenn Bildungsministerin Birgit Hesse von guten Ausbildungsbedingungen spricht, dann wird deutlich, dass sie nicht weiß, wovon sie redet, und wie es um die Ausbildung im Land bestellt ist. Die Landesregierung muss endlich in die berufliche Ausbildungsstruktur investieren. Sie darf auch diesen Bildungsbereich nicht länger dem Sparschwein opfern. Aber alle unsere Anträge im Landtag und unsere Vorschläge, die vielfältigen Probleme zu lösen, wurden von den Regierungsfraktionen abgeschmettert.

Die Schülerzahlen für die Klassenbildung stammen noch aus Zeiten, in denen es doppelt so viele Auszubildende gab. Jede Berufsschule, die die Schülerzahlen nicht erreicht, wird geschlossen oder erhält weniger Stundenzuweisungen. Die Folge ist, dass die Ausbildungslandschaft seit Jahren immer stärker ausgedünnt wird. Ausbildungsgänge für viele Berufe wurden aufgegeben und damit Klassen geschlossen.

Die Berufsausbildung steht vor dem Ausverkauf. Nur noch ein Viertel aller Ausbildungsberufe kann erlernt werden. Die Zahl der Berufe, die nur noch an einem einzigen Standort in so genannten Landesfachklassen zusammengefasst werden, steigt ständig. Das bedeutet einen erheblichen Aufwand für die Lehrlinge, zu den beruflichen Schulen zu gelangen. Oft sind die Anfahrtswege so weit, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als sich ein Zimmer in der Nähe der beruflichen Schule zu mieten. Das ist angesichts der geringen Auszubildendenvergütung mit unzumutbar hohen Kosten verbunden.

Mehr als 3000 Ausbildungsverträge werden jährlich aufgelöst, vorwiegend bereits im ersten Lehrjahr. Damit bricht etwa jeder dritte Azubi seine Lehre ab oder sucht sich einen neue Ausbildung. Und von denen, die durchhalten, fällt jeder Fünfte durch die Abschlussprüfung. Das hat doch Ursachen! In den vergangenen Jahren sind hunderte Lehrerstellen an den Berufsschulen gekürzt worden. Das System wurde ausgepresst wie eine Zitrone. Übrig geblieben sind nur die Kerne. Die Bildungsministerin versagt auch bei der Kontrolle der Berufsschulpflicht. So gibt es jährlich mehrere hundert Jugendliche, die überhaupt keine Berufsausbildung aufnehmen.

Die vielen Abbrecher und Durchfaller müssen die Landesregierung doch endlich alarmieren. Sie muss weg von den alten Zahlen als Grundlage für die Klassenbildung, weil diese völlig an der Realität vorbeigeht. Erforderlich sind kleinere berufliche Schulen und kleinere Klassen, um auch wieder flächendeckend Standorte zu ermöglichen. Solange dies nicht gewährleistet ist und Azubis lange Wege in Kauf nehmen müssen, ist eine sofortige Entlastung von den Fahr- und Unterbringungskosten notwendig. Von über 33 000 Berufsschülerinnen und -schülern erhalten heute lediglich gut 500 einen Zuschuss. Hier muss das Land endlich wie unzählige Male angekündigt die entsprechenden Regelungen ändern, um tatsächlich eine Unterstützung der Azubis zu ermöglichen. Ziel muss die kostenfreie Fahrt für alle Schülerinnen und Schüler sein.

Wir brauchen eine Berufsausbildung, die tatsächlich den Fachkräftemangel verringert. Dazu gehören Ausbildungsbedingungen, die den Jugendlichen einen Berufsabschluss ermöglichen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen. Für eine gute Berufsausbildung fordern wir Klassen mit weniger Azubis, die „Kleine Berufsschule im ländlichen Raum“ muss möglich sein. Zu guten Ausbildungsbedingungen zählt nicht nur die kostenlose Beförderung zur Berufsschule und zum Ausbildungsbetrieb, sondern auch eine angemessene Vergütung. Es darf keine weitere Schließung von Ausbildungsängen geben. Gerade im Bereich der Pflege muss sich das Land wieder deutlich stärker engagieren und neue Ausbildungsplätze schaffen.

Simone Oldenburg

Die katastrophale Politik der Großen Koalition im Bereich der beruflichen Schulen stellt im Kanon der Bildungspolitik von SPD und CDU keine Ausnahme dar. Die Einrichtungen – von der Kita, über die Schule bis zur Universität – sind einem eisernen Sparditkat unterworfen. Obwohl die Haushaltslage des Landes hervorragend ist, werden dringende Maßnahmen wie beispielsweise die kostenfreie Kita, die unbefristete Einstellung von Lehrkräften, die Verringerung der Wochenstunden oder die Einführung eines Vertretungsbudgets gegen Unterrichtsausfall nicht auf den Weg gebracht.

Eine Stimme für Kreative

Ein Schild warnt vor der Weiterfahrt und möglichen verkehrsrechtlichen Konsequenzen am zentralen Parkplatz von Putgarten am Kap Arkona. Es ist kalt und zugig, der Himmel grau und eintönig. Der Winter ist zweifellos nicht die beste Zeit, um dem nördlichsten Zipfel von Mecklenburg-Vorpommern einen Besuch abzustatten. Unsere Landtagsabgeordnete Eva-Maria Kröger, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, fährt dennoch gerne auf die Insel Rügen. Drei Termine stehen heute auf ihrem Plan, der erste in Putgarten mit dem Geschäftsführer der örtlichen Tourismus-GmbH und der Bürgermeisterin. Im Rügenhof erwartet man sie schon. Das Gespräch dreht sich um die alltäglichen Sorgen und Nöte in der Gemeinde – und um den Kultursommer von Kap Arkona, der in den vergangenen Jahren immer ein Highlight war. Dieses Jahr wird er ausfallen, die Finanzierung ist nicht mehr gesichert. Überall in M-V hört Eva-Maria Kröger, dass gerade die Kultur im Land als erstes dem Rotstift zum Opfer fällt, wenn klamme Kommunen sparen. Ein Grund mehr, auf „Kulturtour“ zu gehen und der Szene im Land „auf den Zahn zu fühlen“, erklärt sie ihren Gesprächspartner*innen die Beweggründe für ihr Kommen. Seit Monaten ist sie unterwegs und besucht Künstler*innen und Kreative in M-V. „Wenn wir uns kümmern wollen, dann heißt es: Raus aus dem Büro, mit den Kreativen sprechen, ihre Ängste, Sorgen, Kritik, Anregungen mitnehmen – und diese ins Parlament tragen.“

Und was Mecklenburg-Vorpommern für ein gewaltiges kreatives Potential hat! Gerade der ländliche Raum offenbart sich als Sammelsurium an kunstschaffenden Köpfen und überrascht mit künstlerischer Vielfalt. Doch neben der kreativen Vielfalt gibt es auch die Vielfalt der Sorgen. „Viele können eher schlecht als recht von ihrer Arbeit leben, beuten sich selbst aus, haben Schwierigkeiten, Zugang zur Künstlersozialkasse zu bekommen“, sagt Eva-Maria Kröger und mutmaßt: „Ein Grund dafür liegt sicherlich in der kaum vorhandenen Wahrnehmung der Kultur- und Kreativbranche im Land, die nach dem Tourismus die meisten sozialversicherungspflichtigen Jobs in der freien Wirtschaft stellt – vor den Werften. Hier muss sich dringend was ändern. Die Kreativen haben kaum Lobbyisten in Schwerin“, erklärt sie und sagt verschmitzt: „In der Rolle sehe ich mich.“

Der Kaffee ist alle. Der nächste Termin wartet. Es geht nach Putbus, wo Eva-Maria Kröger in einer Galerie erwartet wird und danach noch ein Atelier besucht. Wann sie denn heute Abend zu Hause sein wird, fragt der Geschäftsführer halb mitleidig, halb belustigt. „Spät“, antwortet sie und lacht: „Landtagsabgeordnete sind eben irgendwie immer im Dienst, außer am Sonntag. Dann nehme ich mir Zeit für die Familie und fürs Backen.“ Den ausfallenden Kultursommer nimmt sie mit. „Als Hausaufgabe“, sagt sie und macht sich eine Notiz. „Genau darum bin ich hergekommen.“

Produktion und Schule

Gespräch mit Holger Kiehn, Leiter der Produktionsschulen Vorpommern-Rügen und Mecklenburgische Seenplatte, und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster

Produktion und Schule – Herr Kiehn, was verbirgt sich hinter diesem scheinbaren Widerspruch?

Das ist kein Widerspruch. Es ist vielmehr eine tolle Idee, um jungen Menschen, die große soziale Probleme und Schwierigkeiten im kognitiven Lernen haben, eine Chance zu geben. Die Idee stammt aus Dänemark und ist dort seit Jahren fest verankert. In den Produktionsschulen erhalten Jugendliche – die vermeintlichen oder tatsächlichen Verlierer unseres Bildungssystems – über praktische, am Arbeitsmarkt orientierte Produktionsaufgaben in einer einzigartigen Art und Weise eine Chance, „ihren Weg zu finden!“ Aus Sicht der Jugendhilfe werden den Heranwachsenden in vielerlei Hinsicht die erforderlichen Instrumente an die Hand gegeben, welche flankierend zur Berufshilfe der Bundesagentur und zu den Angeboten des staatlichen Schulsystems wirken.

Herr Foerster, warum sind Produktionsschulen erforderlich?

Weil wir nach wie vor leider viele junge Leute haben, die sich der klassischen Beschulung entziehen und die folglich als nicht ausbildungsreif gelten. Produktionsschulen als Einrichtungen der Jugendberufshilfe verfolgen ein anderes, ganz spezielles Konzept. Die fünf Schulen im Land verfügen über Werkstätten, in denen die jungen Leute unter Anleitung erfahrener Werkstattpädagogen eigenhändig Produkte herstellen. Diese vermarkten und verkaufen sie später auch selbst. Die Palette reicht vom Einsatz auf dem Fischkutter, über die Arbeit in Holz- und Metallwerkstätten bis zur Herstellung von Speisen. Darüber hinaus gibt es feste Regeln und Rituale. Gemeinsam werden Ziele definiert, deren Einhaltung durch die Auszahlung eines Taschengeldes am Ende der Woche honoriert wird. Das Mittagessen wird grundsätzlich gemeinsam eingenommen. Und nicht zu vergessen, die Jugendlichen werden von Honorarlehrern beschult und auf die Prüfungen für einen Schulabschluss vorbereitet. Die 350 Plätze sind nach meiner Kenntnis gefragt, aktuell alle belegt und die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Brauchen wir die Produktionsschulen auch in Zukunft, Herr Kiehn?

Aus fachlicher, sozialpädagogischer und aus Sicht der Jugendberufshilfe ganz klar: Ja! Entscheiden muss das aber die Landespolitik! Die kommunale Ebene sagt: „Wir brauchen und wollen die Produktionsschulen!“ und macht dies auch durch finanzielle Unterstützung deutlich. Die Landkreise verfügen damit über ein Angebot, welches niederschwellig einen wichtigen Beitrag im Bereich Übergang Schule-Arbeitswelt leistet. Schauen wir uns die Zahlen der Jugendhilfe und der sogenannten schul-aversiven Jugendlichen an, also der Schulverweigerer, dann ist dies verständlich. Diese Jugendlichen sind nicht ein Problem der Landkreise. In M-V gibt es eine Schulpflicht für Jugendliche unter 18 Jahren und damit ist das Land grundsätzlich in der Pflicht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Jugendliche die Berufsschule nicht besuchen, eine Ausbildung nicht aufnehmen und/oder diese nicht beenden. Die klassischen Angebote der Bundesagentur für Arbeit greifen offenbar nicht immer. Die im Schulgesetz beschriebene Berufsschulpflicht ist da nur halbherzig in seinen Formulierungen und notwendigen sozialpädagogischen Begleitungen. Genau an diesen Stellen greift das praxisorientierte Konzept der Produktionsschulen. Hier geht es um eine individuelle, bedarfsorientierte Begleitung zur Erreichung möglicher schulischer und beruflicher Abschlüsse oder Schritte dahin. Und es geht immer auch um die soziale Integration von jungen Leuten.

Was muss Politik tun, damit Produktionsschulen weiter gut arbeiten können, Herr Kiehn, Herr Foerster?

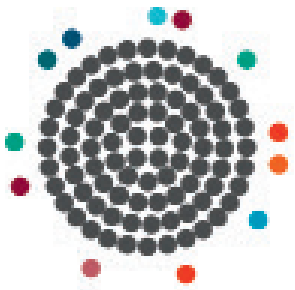
Kiehn: Derzeit haben wir eine kuriose Situation: Die Politik sagt „Ja“ zu den Produktionsschulen und zwar über alle Ebenen hinweg. Bund, Land und Kommunen betonen: Wir brauchen die Produktionsschulen! Doch die Zuständigkeit für die Finanzierung ist in keiner Weise geklärt. Klar sollte sein: Eine weitere Finanzierung über den Europäischen Sozialfonds (ESF) ist das Ende der Produktionsschulen. Es fehlt ein klares Bekenntnis der Landesregierung! Ganz einfach: Wohin soll die Reise gehen? Aktuell hat niemand einen Plan! Leider!

Foerster: Die Landespolitik muss sich endlich klar zu diesem besonderen Angebot im Übergangssystem von der Schule in den Beruf bekennen. Die mit viel Herzblut und oft weit über das übliche Maß hinaus engagierten Kolleginnen und Kollegen sollten sich sicher sein können, dass ihre Arbeit eine Zukunft hat und sie nicht immer von einem Jahr zum nächsten planen müssen. Damit das klappt, muss Politik dafür sorgen, dass die Finanzierung der Produktionsschulen dauerhaft gesichert wird. Aktuell bekommen die Produktionsschulen bis zum Jahr 2020 Geld aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), von den Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern. Zudem erwirtschaften sie Geld durch den Verkauf der Produkte, die sie in ihren Werkstätten herstellen. Die Bundesagentur für Arbeit hat ihr Engagement beim Einkauf von Plätzen an den Produktionsschulen bereits deutlich verringert, was schon jetzt die Existenz von Schulstandorten in Frage stellt. Ob die ESF-Mittel, die bislang für die Mehrzahl der Schulen die wichtigste Finanzierungssäule darstellen, über das Jahr 2020 weiterfließen, ist fraglich. Zudem ist die Förderung sehr bürokratisch. All diese Dinge sind nicht erst seit der von uns initiierten Expertenanhörung im Landtag 2016 bekannt. Bislang hat dies die Landesregierung jedoch leider nicht dazu bewegen können, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Schulen auf den Weg zu bringen.

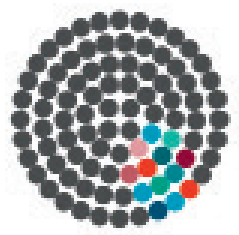
Teilhabe und gleiche Ausbildungschancen für Alle...?

... Nicht immer, nicht überall und für Jugendliche mit Originalitäten unter erschwerten Bedingungen. Oft gar nicht absichtlich – manchmal aus falsch verstandenem Schutzbedürfnis. Wie kommt es? Worum geht es?

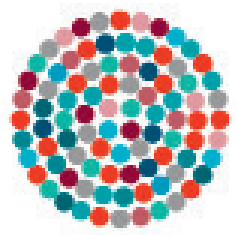
Ein Beispiel unserer vielfältigen Gesellschaft:
Mädchen mit Asperger-Autismus sind zumeist sehr gute Schülerinnen, eher diszipliniert, sie lernen und arbeiten fleißig. Sie werden seit Jahren inklusiv unterrichtet, benötigen geringe Unterstützung und gehen geradlinig durch die Schullaufbahn. Aber es sind Menschen mit



Exklusion



Integration



Inklusion

Behinderungen, Und es ist natürlich sehr gut, dass sie in der Reha-Beratung der Bundesagentur für Arbeit Unterstützung bei der Berufswahl erhalten. Aber genau dies ist auch ihr Nachteil. Mädchen mit Asperger wirken sehr schüchtern und das veranlasst Erwachsene ein besonderes Schutzgefühl zu entwickeln. Viele Wunschausbildungen bleiben ihnen versperrt, „das kleine zarte Mäuschen“ muss beschützt werden. Doch gerade ihre Originalitäten und Besonderheiten – Eigenständigkeit und Verbissenheit, Geduld und Ruhe, Regelversessenheit, Talent zum Querdenken – qualifiziert sie für Ausbildungsberufe, die mittlerweile oft unbesetzt bleiben.
Es ist Zeit, auch inklusive Berufsausbildung zu denken und die Schubladen im Kopf zu schließen.
Der Weg in eine inklusive Gesellschaft – das Ziel „Teilhabe für Alle“ – darf nicht bei inklusiver Schulbildung aufhören, um im Berufsleben fortgeführt zu werden. Die Lücke in der Ausbildung und im Studium ist noch immer zu groß. Barrierefreiheit in Berufsschulen und Universitäten muss eines unserer gesellschaftlichen Ziele sein.

Karen Larisch

Sport ist die Zukunft

Die Faszination von tollen Leistungen im Sport ist enorm. Viele Menschen sind stolz auf „ihre“ Athletinnen und Athleten, finden Identifikation und Freude. Von den mehr als 254 000 Mitgliedern des Landessportbundes sind erfreulicherweise ganz viele in den jeweiligen Altersgruppen und in den verschiedenen Sportarten mit hohem persönlichen Einsatz und der Unterstützung vieler auf dem anspruchsvollen Weg des Wettkampf- und Leistungssports unterwegs. Zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten fordert diese Entscheidung aber immer mehr Zeit, Aufwand und Organisation, um beide Seiten miteinander sinnvoll und erfolgreich zu verbinden – sportliche Leistungsentwicklung auf der einen und Schule/Ausbildung/Studium/Beruf auf der anderen Seite. Das auch immer mit einem Verzicht auf Freizeit, Fun, Freunde ... !

Nicht immer ist Außenstehenden aber wirklich klar, wie enorm diese Belastungen sind, die schon für einen jungen Menschen ohne Leistungssport oft schwer zu bewältigen sind. Deshalb gebührt den jungen Sportlerinnen und Sportlern größte Hochachtung für diesen großen persönlichen Einsatz. Umso mehr müssen jene, die in der jeweiligen Verantwortung für Bildung, Ausbildung, Studium und berufliche Perspektiven sowie Sport stehen, danach trachten, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Stundenbelastung eines Landeskaderathleten an den Eliteschulen des Sports liegt z.B. in der 5. Klasse bei 38 bis 49 Stunden/Woche (Unterricht und Training von Montag bis Freitag ohne Pausen), in der 9. Klasse zwischen 45,5 und 50,5 und in der Abi-Klasse zwischen 42,5 und 52,5 ! Dazu kommen die Wettkämpfe. Hier ist mit den sogen. Strecker-Klassen und Förderung viel erreicht, aber der finanzielle Aufwand z.B für die Eltern ist enorm und ansteigend. Auch die berufliche Ausbildung setzt Akzeptanz des Ausbildungsbetriebes ebenso voraus wie individuelle Lösungen an der Ausbildungseinrichtung. Und die Kluft zwischen Spitzensport und Studium ist immer noch groß. Oft suchen sich Athleten einen Studienplatz in anderen Ländern. Vielleicht würde ja ein Spitzensportbeauftragter wie an den Berliner Universitäten helfen, die Bedingungen individuell zu gestalten. Mit der Leistungssportgruppe bei der Landespolizei oder der Bundeswehr gibt es gute Bedingungen und Erfahrungen. Diese gilt es in andere Bereiche zu übertragen. Damit auch künftig wieder mehr Vorbilder aus M-V kommen!

Andreas Bluhm, Präsident des Landessportbundes MV e.V.

Mobi-Pass muss her

Sie wohnen auf dem Dorf, haben kein Auto, kein Moped, keine Fahrerlaubnis. Trotzdem müssen oder wollen Sie zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkaufen, ins Kino oder wegen anderer Gründe in die Zentren des Landes. Dann ist guter Rat teuer, denn mit Bus oder Bahn geht es nur sehr schlecht oder gar nicht.

Bahnangebote im Fern- und Nahverkehr wurden ausgedünnt, Strecken stillgelegt. Busse fahren oft nur im Schülerverkehr, am Wochenende, an Feiertagen und in den Ferien kaum oder gar nicht. Die Züge und Busse, die es noch gibt, sind schlecht aufeinander abgestimmt, der Radverkehr nicht einbezogen. Ruf- und Bürgerbusse verkehren nur in wenigen Regionen, können aber ohnehin nur ergänzende Angebote sein. Durch fehlende Attraktivität und Barrierefreiheit sinken die Fahrgastzahlen weiter.

Das kann so nicht weitergehen. Mobilitätssicherung gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine der Voraussetzungen für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Statt weiterem Niedergang brauchen wir eine Initialzündung für ein kostengünstiges, bedarfsgerechtes und vernetztes Nahverkehrsangebot, das ausreichend finanziert ist. Nahverkehr in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern wird sich nie selbst tragen. Land, Kreise und Kommunen müssen die Kosten gemeinsam übernehmen.

Ein Nahverkehr zum Nulltarif für alle Nutzerinnen und Nutzer ist langfristig unser Ziel. Aber das geht nur Schritt für Schritt.

Unser Vorschlag: Beginnen mit dem Mobi-Pass!

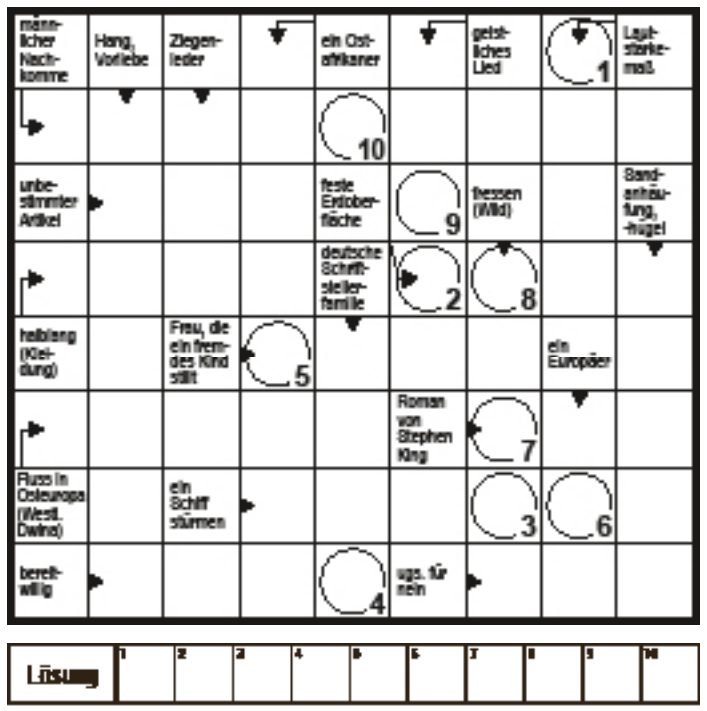
Mit dem Pass soll der Nahverkehr mit Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche, landesweit und jederzeit – auch in der Freizeit, am Wochenende und in den Ferien – kostenfrei nutzbar sein.

Sie fragen: Ist das bezahlbar? Wir sagen ja! Wenn das Land zusätzliche Landesmittel lockermacht, Landkreise und kreisfreie Städte das Geld erhalten, das der Bund dem Land für den Nahverkehr zur Verfügung stellt, und die Kreise und Kommunen eine Schippe drauflegen, sollte die Finanzierung kein Problem sein. Was künftig ohnehin fährt, soll auch gut genutzt werden können – der Mobi-Pass berechtigt dazu und sorgt für mehr Fahrgäste. Besonders profitieren sollen die ländlichen Räume – auch Dörfer und Ortslagen, die weitgehend vom Nahverkehr abgehängt sind. Weil der Bedarf da ist, haben mehrere Landkreise ein Schüler-Freizeit-Ticket eingeführt oder arbeiten daran. Es gilt ab Nachmittag, an Wochenenden, Feiertagen und in den Ferien, aber nur bis zur Kreisgrenze. Auf Landesebene gibt es ein Ferien-Freizeit-Ticket. Es gilt jedoch nur in den Sommerferien und nicht für Azubis und Studierende. In Rostock und Schwerin ist Schulverkehr noch immer nicht kostenfrei. Bisher müssen Azubis ihre Reisekosten selbst tragen, wenn sie weite Berufsschulwege haben. Der Mobi-Pass würde für diese Probleme die Lösung sein und alle Kinder und Jugendlichen mobil machen. Der Mobi-Pass sorgt dafür, dass nicht an Kreisgrenzen Schluss ist und auch die Regionalbahn genutzt werden kann.

Das wäre ein wichtiger Schritt für ganz Mecklenburg-Vorpommern!

Dr. Mignon Schwenke

Preisrätsel



ein Besuch im schönen Schweriner Landtag mit einer Schlossführung

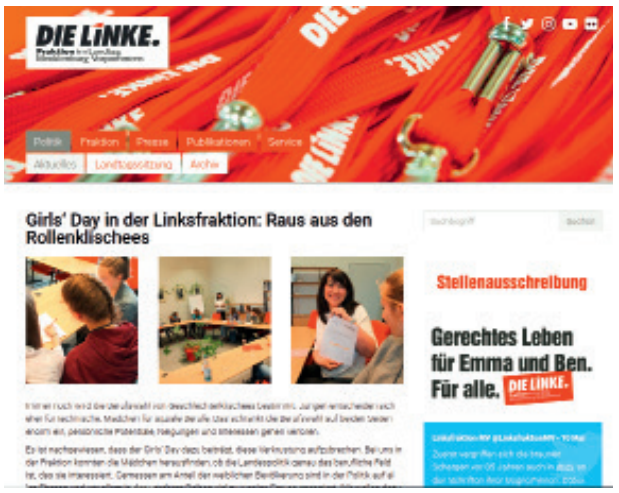
eine Fahrt mit der Weißen Flotte mit Blick auf den schönsten Landtag

ein Gutschein für ein Buch ihrer Wahl

Ihre Lösung schicken sie bitte bis zum 15.09.2018 an:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag M-V,
Lennéstr. 1
19053 Schwerin
oder per E-Mail an: info@linksfraktionmv.de

Zwischen Hashtag und Smiley

Was bringt die beste Politik, wenn niemand davon erfährt? Neben den klassischen Zeitungen, Radio- und Fernsehberichten bietet das Internet allen Interessierten einen direkten Zugriff auf Informationen. Die Linksfraktion in Mecklenburg-Vorpommern ist gleich auf mehreren „Kanälen“ zu erreichen. Hier bieten wir einen Überblick. Schauen Sie mal rein, wir haben ein abwechslungsreiches und aktuelles Angebot für Sie.



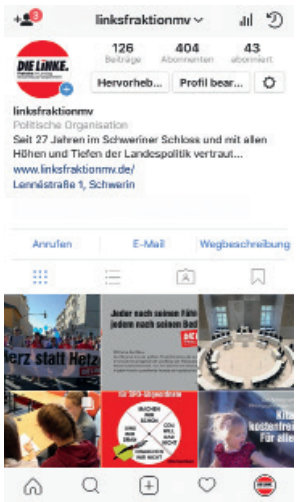
Die fast schon klassiche Internetseite der Fraktion ist über www.linksfraktionmv.de zu erreichen. Hier können Sie sich über unsere Abgeordneten, die Anträge für die Landtagssitzungen, die neuesten Pressemitteilungen zu allen wichtigen Themen im Land und viel Hintergründe informieren. Auf unserer Seite finden Sie auch alle Publikationen in digitaler Form, Stellenangebote und natürlich auch die Kontaktmöglichkeiten zu den Abgeordneten, dem Team der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fraktion oder zum Wahlkreisbüro bei Ihnen vor Ort. Unsere Internetseite passt sich jedem Smartphone oder Tablet an.

Auf unserem YouTube-Kanal finden Sie die Redebeiträge in den Landtagssitzungen, aber auch Videos von Aktionen oder Stellungnahmen zu aktuellen Anlässen. Auf YouTube finden Sie uns unter: www.youtube.com/user/LinksfraktionMV

„In der Kürze liegt die Würze.“ – so kann man das Motto von Twitter umschreiben, gerade zu Landtagssitzungen kommentieren wir hier das Geschehen im Plenarsaal. So finden Sie uns auf Twitter: www.twitter.com/LinksfraktionMV

Liken, teilen, kommentieren – direkter digitalter Kontakt ist via Facebook möglich. Übrigens, wir löschen keine Kommentare, wenn jemand mit unserer Politik nicht einverstanden ist. Das gilt natürlich nicht für Hasskomentare, die das Grundgesetz verletzen. So finden sie uns: www.facebook.com/LinksfraktionMV

Fast alle unsere Abgeordneten sind auch mit eigenen Seiten bei Facebook und Co. Die entsprechenden Links finden Sie auf unserer Internetseite. Hier können Sie einen guten Einblick auf die Wahlkreisarbeit außerhalb des Schweriner Schlosses bekommen oder Informationen zu den Fachgebieten erhalten. Direkter Kontakt ist auch möglich.



„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.“ Politik über Bilder? Ja, das geht. Aktionen, Meinungen, Eindrücke, ein Blick hinter die Kulissen des Politikbetriebes und und und – all das ist über Instagram möglich. Das Bild mit der meisten Reichweite ist übigens immer noch unsere SPD-Abgeordnetendartscheibe. Diese hat es auch schon in mehrere Landtagsreden geschafft und Reaktionen der anderen Fraktionen im Internet provoziert. Welches Bild gefällt Ihnen am Besten? Finden sie es heraus unter: www.instagram.com/linksfraktionmv/

Das Grüne Klassenzimmer

Wenn ich mit meinen Enkelkindern spazieren gehe, staune ich immer wieder darüber, was sie in der Natur alles entdecken. Sie freuen sich über jeden Käfer, lauschen dem Vogelgezwitscher, riechen an Blumen und vieles mehr. Dann fühle ich mich bestätigt in meinem Engagement für eine intakte Natur und gesunde Umwelt.

Der alte Spruch, dass man nur achten und schützen kann, was man kennt, gewinnt in unseren Zeiten eine immer größere Bedeutung. Nur Wissen und Erleben führt zu einem Engagement für Natur und Umwelt. Das gilt für mich, für alle anderen Erwachsenen und gerade auch für unsere Kinder. Eine kluge und an der Praxis orientierte Umweltbildung ist mir und meiner Fraktion deshalb besonders wichtig.

Das Grüne Klassenzimmer – also Unterricht draußen in der Natur, am Wasser, im Wald und überall in unserer schönen Landschaft – soll dazu beitragen, die Umwelt bewusster zu erleben und sie zu schützen. Mecklenburg-Vorpommern bietet dafür beste Voraussetzungen. Die National- und Naturparke, die Biosphärenreservate, aber auch Naturschutzgebiete direkt vor der Haustür stehen Schülerinnen und Schülern immer offen. Die Umweltbildung der Jüngsten genießt zu Recht einen hohen Stellenwert in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Grünes Klassenzimmer vermittelt Einblicke in die Vielfalt der unterschiedlichsten Lebensräume und ökologischen Zusammenhänge in den Abläufen der Natur. Das Wissen darum, wie alles zusammenhängt, wie die Situation heute ist und wie sich alles verändert, reizt auch zu kritischen Nachfragen.

Warum essen die Menschen bei uns so viel Fleisch? Warum hungern noch so viele Menschen auf der Welt? Warum gibt es immer weniger Insekten? Warum geht es den Bienen so schlecht? Wozu brauchen wir so viel Mais und Raps? Müssen die Felder so viel gedüngt und mit Chemie bespritzt werden? Was wird mit unserem Wasser? Wenn der Rauch aus den Schornsteinen und die Abgase aus dem Auspuff so giftig sind, warum verbrennen wir dann Kohle, Öl und Gas für unsere Heizungen und unsere Autos? Auf diese und viele andere Fragen Antworten zu finden, ist auch Teil der Umweltbildung. Es ist wichtig, dass immer mehr Menschen sich und ihre Handlungsweisen hinterfragen. Deshalb sind die vielen Grünen Klassenzimmer in Mecklenburg-Vorpommern eine gute Sache und eben auch eine Herzensangelegenheit von mir. Ich werde mich weiter für eine gute Umweltbildung unserer Kinder und Jugendlichen engagieren und weiß dabei meine Fraktion und meine Partei an meiner Seite. Ich hoffe, ich kann Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch dafür begeistern.

Dr. Mignon Schwenke

Die digitale Schule

Digitale Schule: eine dringende Notwendigkeit angesichts des rasanten Fortschritts und den damit verbundenen Herausforderungen. Und was unternimmt die Landesregierung? So gut wie nichts. Seit Jahren verweist sie auf die Digitalisierungsmittel des Bundes, die nicht fließen, und auf Arbeitsgruppen, die nicht gebildet werden.

Es ist erschreckend, dass die Landesregierung nicht einmal einen Überblick über die aktuelle IT-Ausstattung an den Schulen hat. Bildungsministerin Birgit Hesse behauptet, es sei ein zu großer Aufwand, den Ist-Zustand über die Anzahl der Rechner und deren Alter zu ermitteln. Aus unserer Sicht ist das ein Vorwand. Auch in diesem Bereich handelt die Große Koalition nach der Devise: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!

Die Informationen, über die wir verfügen, zeichnen ein düsteres Bild der digitalen Realität an den Schulen. Veraltete Rechner, kaum Vernetzung der Unterrichtsräume und Internetanschlüsse, die noch mit einer Geschwindigkeit aus dem vergangenen Jahrzehnt laufen. Lediglich die Hälfte der Unterrichtsräume ist vernetzt und nur ein kleiner Bruchteil verfügt über Wlan. M-V gleicht einem Land hinter dem Mond.

Die Landesregierung verweist auf die Kommunen, die als Schulträger für die technische Ausstattung der Schulen verantwortlich seien. Die Landkreise arbeiten derweil jeder für sich an eigenen Strategien, um die Schulen wenigstens annähernd auf die Digitalisierung einzustellen. Bildungsministerin Birgit Hesse feiert lieber gesponserte Minicomputer in Grundschulen, obwohl diese über ihre Software Verlagen, Konzernen und Internetgiganten die Schultür aufmachen, um frühzeitig Kunden an sich zu binden. Das ist unverantwortlich.

Damit die Digitale Schule nicht Zukunftsmusik bleibt, müssen die Rahmendbedingungen geschaffen werden. Dazu zählen Lernplattformen, die untereinander kompatibel sind, die Implementierung unterschiedlicher Systeme sowie eine Software, die frei von wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne ist. Und der Schutz sensibler Daten ist auch nicht im Handumdrehen zu meistern. Dazu bedarf es einer einheitlichen Strategie. Erforderlich ist ein Landesprogramm, das die Schulträger mit 50 Prozent bei der Anschaffung und dem Unterhalt der Computerarbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler unterstützt.

Wenn es am Sonntag brennt

Kinder und Jugendliche lernen in den vielen Jugendfeuerwehren von der Pike auf alles über die Technik, über Löschangriffe, die berühmten Knoten, Stiche und Bunde und so weiter.

Wie aber ist es, wenn man als Mittvierzigerin den Schritt wagt, in die Freiwillige Feuerwehr einzutreten?

Ohne die Grundausbildung geht zunächst gar nichts. Sie umfasst die Truppausbildung mit mindestens 70 und 80 Stunden – eine beachtliche Zeit. An fast 10 Wochenenden hieß es, sich vertraut zu machen mit Fahrzeug- und Gerätetechnik, mit technischer Hilfeleistung, mit Rettungsmaßnahmen, Löscheinsätzen, mit rechtlichen Grundlagen und vielem mehr. So nebenbei ist weder die praktische noch die theoretische Prüfung zu schaffen. Ich rechnete damit, die älteste Auszubildende der Truppe zu sein. Selbst meine Ausbilder waren deutlich jünger als ich. Ich musste mich also behaupten in einer Gruppe, zu der bereits die Kinder einiger meiner ehemaligen Mitschüler gehörten. Noch heute bin ich ihnen dankbar, dass sie mich nicht in die Schublade ihrer Eltern steckten und mir vorurteilsfrei begegneten.

Ich war erstaunt, wie pünktlich, wie motiviert sie jeden Samstag um 8 Uhr in ihrer Einsatzkleidung auf der Matte standen. Die meisten streben weitere Qualifizierungen an, etwa zum Maschinisten, zum Atemschutzgeräteträger oder zum Truppführer. Darüber hinaus gibt es Lehrgänge für die Führungsebene und Ausbilder. Nicht selten wird dafür auch Urlaubszeit geopfert. Nach der Truppausbildung soll sich jeder Feuerwehrangehöriger jährlich mindestens 40 Stunden fortbilden. Nicht nur die Einsätze, die Beteiligung an diversen Stadt- und Dorffesten, sondern vor allem die Aus- und Fortbildung verlangen außerordentlich viel Zeit und persönliches Engagement. Das Wissen, dass der Einsatz sehr wertvoll ist und unter Umständen Leben rettet, entschädigt aber für vieles.

Jeannine Rösler

Impressum:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstr. 1 19053 Schwerin
info@linksfraktionmv.de
www.linksfraktionmv.de
V.i.S.d.P.: Rasho Janew

Layout & Druck:
FIND Druck- & Medienwerkstatt GmbH

Studium ohne Dach überm Kopf?

Studierende sollen sich vor allem auf ihr Studium konzentrieren. Was selbstverständlich klingt, gestaltet sich in der Realität oft schwierig. Zu den Anforderungen des Studiums gesellt sich für viele die Frage, wovon sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Besonders die Wohnraumsituation ist ein Grund zur Sorge. Häufig muss der Gang zur Arbeit dem zur Uni vorgezogen werden, um sich überhaupt eine Unterkunft leisten zu können. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes stellt fest, dass Studierende durchschnittlich mehr als ein Drittel – bei einem Einkommen von unter 700 Euro sogar knapp die Hälfte – ihrer monatlichen Einnahmen für die Miete ausgeben müssen. Besonders betroffen sind davon ausländische Studierende, die oft über ein nur geringes Budget verfügen, aber auch bei einheimischen Studentinnen und Studenten ist die Situation zunehmend dramatisch. Zudem konkurrieren Studierende und Auszubildende auf dem Wohnungsmarkt mit anderen Personen, die es leider auch schwer haben eine Wohnung zu finden, wie etwa Alleinerziehende, Geringverdienende, Arbeitslose oder Geflüchtete. Ein Grund ist, dass die Studierendenwerke über zu wenig Wohnheimplätze verfügen. Die Landesregierung aus SPD und CDU muss Verantwortung übernehmen und über höhere Zuschüsse den Bau neuer Wohnheimplätze oder anderer Wohnformen ermöglichen. Wie krass die Situation ist, mussten die jungen Leute vergangenes Jahr in Rostock erleben: Zu Beginn des Wintersemesters wurden 1400 Anfragen für einen Wohnheimplatz abgelehnt. Die durch das Land zugesicherten 7 bis 8 Millionen Euro bis 2020 werden nicht reichen, um genug Wohnraum anzubieten. Sie sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Möchte Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft ein attraktiver Studienstandort bleiben, muss endlich investiert werden. Damit Studierende sich wieder auf ihr Studium konzentrieren können.

Karsten Kolbe

Eine Fraktion für den Alltag

Beratungen in den Arbeitskreisen

Dienstags ist Fraktionssitzungstag

„Rot gewinnt“ – sportlich aktiv für den guten Zweck

Kreative Proteste vor dem Landtag

Immer nah bei den Menschen

Auf der Straße gegen rechte Hetze

Kostenlose Kita jetzt – und nicht als Wahlgeschenk 2021!

Seit mehr als 10 Jahren steht die kostenfreie Kita auf der Agenda der Koalitionäre in Mecklenburg-Vorpommern, immer wieder als Wahlversprechen genutzt, doch nie konkret untersetzt. Sie war bislang nicht mehr und nicht weniger als Bestandteil einer Hinhaltetaktik von SPD und CDU, die Hoffnung der Eltern schürend, bei der jedoch nur minimale Zugeständnisse gemacht wurden. Zu dieser Taktik zählte auch die versprochene Elternentlastung von 50 Euro, die vom Versprechen bis zur Realisierung 1,5 Jahre brauchte, durch unmittelbare Kostensteigerungen jedoch jäh verflog. Ein weiteres Zugeständnis geht nun mit deutlicher Verspätung in das Gesetzgebungsverfahren: die Geschwisterkindregelung. Ab 2019 sollen Geschwisterkinder kostenfrei in den Kitas betreut werden können, sofern das erste Kind in einer Kindertageseinrichtung von der Krippe bis zum Hort betreut wird. Die kostenfreie Kita – d.h. ein Wegfall der Elternbeiträge – soll nun im Jahr 2021 realisiert werden, so das Versprechen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass dann ja wieder Landtagswahlen sind.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig trägt die für Eltern kostenfreie Kita wie ein Mantra vor sich her und bleibt doch wieder auf halbem Wege stehen. Die Eltern müssen endlich komplett von den Kita-Gebühren befreit werden. Nur das ist wirklich familienfreundlich. Andere Bundesländer machen es vor. Niedersachsen plant, ab August keine Elternbeiträge mehr zu erheben. Hamburg und Berlin haben die kostenfreie Kita schon. Nicht nur durch die bereits bestehenden 16 verschiedenen Kita-Finanzierungstöpfe, sondern auch bei jeder Sonderregelung fallen enorme Verwaltungskosten an. Dieses Geld muss direkt den Kindern und Familien zugutekommen. Im Sinne einer chancengleichen Entwicklung aller Kinder im Land fordern wir die kostenfreie Kita – jetzt! Wie Schulbildung und Studium in staatlichen Einrichtungen gebührenfrei sind, muss die frühkindliche Bildung – bei der der Grundstein für die weitere Entwicklung gelegt wird – auch kostenfrei sein.

Auch in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 hat die Linksfraktion Anträge zur kompletten Befreiung von Elternbeiträgen und zur Verbesserung der Betreuungsschlüssel in die Fachausschüsse und in den Landtag eingebracht. Angesichts aktueller Haushaltsüberschüsse in dreistelliger Millionenhöhe und einer Milliarde Rücklage wäre beides umgehend machbar gewesen. Doch SPD und CDU treten weiter auf die Bremse. So ist es nicht verwunderlich, dass Mecklenburg-Vorpommern in Sachen elternbeitragsfreie Kita nur im Schneckentempo vorankommt.

Der Städte- und Gemeindetag M-V e.V. betonte kürzlich im Sozialausschuss des Landtages, dass eine kostenfreie Kita ohne eine Umstrukturierung des Finanzierungssystems der Kindertagesförderung nicht zu machen ist und empfiehlt die Einsetzung einer Expertenkommission im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Zur Neustrukturierung des Finanzierungssystems, aber auch zur dringend notwendigen Überarbeitung weiterer Bereiche der Kindertagesförderung, insbesondere der Kita-Qualität und Fachkräftesicherung, fordert auch meine Fraktion eine solche Expertenkommission unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, der LIGA der Spitzenverbände sowie der Elternräte zu besetzen. Diese soll maßgeblich an der Novellierung des Gesetzes mitwirken. Die Forderung wird – oh Wunder – von SPD und CDU jedoch nicht mitgetragen. So bleiben die Möglichkeiten einer klugen Politik ungenutzt.

Jacqueline Bernhardt

Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Wenn der Staat shoppen geht...

Einen Wachmann für die Schule. Eine Reinigungskraft für das Rathaus und den Landtag. Fußbälle für den kommunalen Verein, Büromaterial für das Ortsamt, ein Caterer für das Sommerfest oder die Arbeitskleidung für die Feuerwehr. Wenn der Staat auf Einkaufstour geht, wird ordentlich Geld ausgegeben. Mindestens 300 Milliarden Euro sind es bundesweit jedes Jahr. Doch für den Einkaufsbummel gelten Regeln, so genannte Vergabegesetze. So ist es auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Bewirbt sich ein Unternehmen hierzulande um einen öffentlichen Auftrag muss es nachweisen, dass es seinen Beschäftigten einen bestimmten Mindestlohn zahlt. Das Land sichert auf diesem Weg, dass Lohndumping und Ausbeutung eingedämmt werden. Das ist richtig und notwendig. Schließlich kommt dem Land eine Vorbildfunktion zu.

Als Linksfraktion wollen wir den Mindestlohn an den Tarifvertrag der Länder koppeln. Aus zwei Gründen. Zum einen, weil er damit im Rahmen von Tarifverhandlungen automatisch steigt. Zum anderen, weil die Beschäftigten bei dem Unternehmen, welches einen Landesauftrag ausführt, mindestens das Entgelt erhalten sollen, was der untersten Entgeltgruppe im Tarifvertrag der Länder entspricht. Derzeit sind das 10,09 Euro. Doch der Mindestlohn ist längst nicht alles. Wir wollen, dass Unternehmen, die umweltbewusst produzieren oder etwas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun, belohnt werden. Denn der lange vorherrschenden „Geiz-ist-geil-Mentalität“ muss ein Riegel vorgeschoben werden. Jeder kennt doch die Redewendung: „Wer billig kauft, kauft zweimal.“ Das gilt natürlich auch für den Staat. Es ist eben nicht richtig, beispielsweise 100 Bürostühle für einen „Appel und ein Ei“ zu kaufen, von einem Unternehmen, das Dumpinglöhne zahlt, Tarifverträge für Teufelszeug hält und Produktteile aus Ländern bezieht, wo klar ist, dass dort unter menschenunwürdigen Bedingungen gearbeitet wird.

Würde es keine Regeln geben, kämen die eingangs angesprochenen Bälle vielleicht sogar aus Kinderarbeit. Vielfach führen gerade kleine Unternehmen an, dass es schwer ist, angesichts der Vielzahl der Regeln den Überblick zu behalten. Ein Leitfaden, leicht verständlich und mit einer Check-Liste versehen, soll das Amtsdeutsch der gesetzlichen Regelungen handhabbar machen. Zudem wollen wir Bürokratie abbauen. Nachweise sind wichtig, um die Einhaltung von Regeln zu belegen. Dennoch lässt sich das Verfahren erleichtern. Zum Beispiel dadurch, dass die Unternehmen Nachweise erst einreichen müssen, wenn sie den Auftrag auch tatsächlich erhalten. Wer nicht berücksichtigt wurde, muss das nicht.

Zuletzt noch zur Durchsetzung der Regeln. Jedes Gesetz ist nur so gut, wie es auch wirksam kontrolliert werden kann. Zu wenige Kontrollen schaden den Beschäftigten und dem Staat gleichermaßen, wie sich jüngst gezeigt hat. Immer noch werden Beschäftigte und der Staat durch die Unterschreitung des Mindestlohnes betrogen. Dieser Schweinerei müssen Grenzen gesetzt werden. Vor allem bei öffentlichen Vergaben. Vor allem wenn der Staat einkaufen geht, muss gelten: Gute Löhne für gute Arbeit!

Wie Kommunen eine nachhaltige und faire Beschaffung befördern können, zeigen Schwerin und Rostock, die seit 2012 zu den sogenannten Fairtrade-Towns gehören. Der Weg zur Fairetrade-Town führt über einen Beschluss in der Gemeindevertretung oder Bürgerschaft. Bei Sitzungen der Gemeindevertretung oder der Bürgerschaft, bei Ausschüssen, ja selbst im Büro des Bürgermeisters wird in Zukunft nur noch fair gehandelter Kaffee serviert. Auch eine Lenkungsgruppe wird eingerichtet, in der sich unter anderem Vertreter aus der Politik, aus der Eine-Welt-Initiative, aus dem Einzelhandel und der Gastronomie sowie Schulen, Vereine und Verbände zusammenfinden. Diese Lenkungsgruppe bringt Personen aus unterschiedlichen Bereichen zusammen. Ein entscheidendes Kriterium, um Fairetrade-Town zu werden, ist zudem, dass es lokale Einzelhändler, Floristen, Cafés und Restaurants gibt, in denen fair gehandelte Produkte angeboten werden. So kann auch der Einzelne dafür sorgen, dass gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen unterstützt werden.

Pflege – ein Beruf für die Zukunft?!

Seit Jahren arbeiten Pflegekräfte an den Krankenhäusern und in den verschiedenen Bereichen der Altenpflege am Limit. Fragt man sie nach dem Grund, nennen sie fast immer die gleichen Ursachen: zu wenig Personal, hohe Verantwortung und zu wenig Geld.

Dass die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen unter diesen Bedingungen noch funktionieren, beruht auf dem Arbeitsethos der Beschäftigten. Sie leisten Überstunden, auch Doppelschichten, und helfen den Patienten und Pflegebedürftigen jede Stunde und jeden Tag.

Obwohl die angespannte Lage in der Pflege seit Jahren bekannt ist, haben Bundes- und Landesregierungen es bislang zugelassen, dass sie sich verschärft. Während im Jahr 2014 auf 100 offene Stellen bei Altenpflegefachkräften noch 42 arbeitslos Gemeldete kamen, sind es zurzeit nur noch 21. In der Altenpflege fehlen mindestens 15 000 Fachkräfte, in der Krankenpflege etwa 11 000 Fachkräfte und bei den Pflegehilfskräften etwa 10 000. Diese Tendenz wird anhalten, wenn keine wirksamen Korrekturen eingeleitet werden, da die Patientenzahlen und die Zahl der Pflegebedürftigen steigen. Nach Experten wird Deutschland bis 2030 weitere 175 000 Pflegefachkräfte benötigen.

Für den Pflegeberuf spricht, er ist krisensicher. Er kann nicht so einfach wegrationalisiert werden, da Pflege eine individuelle und sehr komplexe persönliche Dienstleistung ist. Zwar werden auch in der Pflege zunehmend technische Hilfen verwandt, sie dienen aber der Entlastung. Der selbstabschaltende Herd macht die Wohnung sicherer und Apparate zum Drehen der Pflegebedürftigen im Bett helfen den Pflegenden bei einer körperlich schweren Tätigkeit. Sie eröffnen mehr Zeit für die eigentliche fachlich kompetente, menschliche Zuwendung und Hilfe.

Damit sich mehr Menschen für den anspruchsvollen und sinnstiftenden Beruf in der Pflege entscheiden, müssen bisherige Hemmnisse beseitigt werden. Da ist zum einen das Schulgeld, das die privaten Pflegeschulen in Mecklenburg-Vorpommern noch immer erheben. Die Linksfraktion hat mehrfach dessen Wegfall gefordert, denn an den drei staatlichen Schulen und bei der Krankenpflege ist die Ausbildung schulgeldfrei. Die Abgeordneten der Regierungskoalition haben das aber immer wieder verhindert. Deshalb mussten in den letzten 10 Jahren über 6700 Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern für ihre Ausbildung an den privaten Pflegeschulen Schulgeld zahlen. Ein weiteres Hemmnis sind die geringen Löhne. Verglichen mit anderen Bundesländern hat Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil von Pflegebedürftigen, hier erhalten Pflegekräfte allerdings die niedrigsten Löhne. Das muss nicht so sein. Die Linksfraktion fordert seit Jahren, dass die Landespolitik ihren Einfluss auf das Lohnniveau nutzt, beispielsweise bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen, damit auch in der Pflege besser bezahlt wird. Das würde die Attraktivität dieser Berufe deutlich erhöhen.

Torsten Koplin

Schulsozialarbeit an jeder Schule!

Foto: Fabian Fellmann / pixelio.de

Schule ist Unterricht, Lernstoff, Wissen, Lektionen, Zeugnisse und nach einigen Jahren der hoffentlich erfolgreiche Schulabschluss. Schule ist aber auch Teamarbeit, Probleme lösen, Lernen und Engagement außerhalb des Unterrichts in Form von Schulsozialarbeit. Für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen unerlässlich, fördert Schulsozialarbeit den gegenseitigen Respekt, schafft Vertrauen und stärkt die jungen Menschen nachhaltig. Sie leistet einen Beitrag zum Schulerfolg und gibt für den Übergang von der Schule in die Ausbildung, das Studium und den Beruf wertvolle Unterstützung.

Schulsozialarbeit gehört für die Linksfraktion an jede Schule – verpflichtend und dauerhaft. Das zu erreichen ist ein steiniger Weg. Denn die Situation der Sozialarbeit an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren unsicher. Sie fußt auf einem Flickschusterwerk aus befristeten Finanzierungen aus ESF-Mitteln, die bald auslaufen; aus Restmitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT), die in Kürze aufgebraucht sein werden, sowie 1,8 Millionen Euro, die über den Landeshaushalt als Zuschüsse zur Förderung der Schulsozialarbeit an die Landkreise und kreisfreien Städte fließen, jedoch nur einen kleinen Teil der wegfallenden BuT-Stellen sichern können.

Die finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten haben zur Folge, dass die Schulsozialarbeit spätestens nach Ende der aktuellen ESF-Förderperiode im Jahr 2021 in den Sternen steht. Vor allem wird der notwendige Ausbau der Schulsozialarbeit in M-V nicht vorangebracht.

Die Anforderungen an Schulsozialarbeit und die Probleme der Schülerinnen und Schüler werden immer komplexer. Neue Formen des (Cyber-) Mobbing, komplexe Problemlagen in den Elternhäusern und Familien mit Fluchterfahrungen sind nur einige Herausforderungen, auf die sich Schulsozialarbeiter*innen einstellen müssen.

Die Linksfraktion fordert ein dauerhaftes Konzept zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Dies muss die Ausgestaltung sowie eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung verbindlich regeln und berücksichtigen, dass Stellen entfristet und Schulsozialarbeit insgesamt attraktiver wird.

Fachpolitischer Appell

1. Jugend- und Schulsozialarbeit/offene Kinder- und Jugendarbeit muss gesetzlich als dem Grunde und der Höhe nach pflichtige Leistung auf Bundes- und Landesebene verankert werden!
2. Die Landesregierung muss für eine stabile und auskömmliche Finanzierung aller Fachkräfte unter Berücksichtigung einer Dynamisierung der Personal- und Sachkosten sorgen!
3. Jugend- und Schulsozialarbeit/offene Kinder- und Jugendarbeit braucht ein realitätsnahes Nachweissystem, das die Dokumentation vereinfacht und ein effektiveres Arbeiten für Fachkräfte ermöglicht!
4. An jeder Schule und in jeder Schulform sollte mindestens ein*e Schulsozialarbeiter*in tätig sein!
5. Die Dienst- und Fachaufsicht muss auch für Schulsozialarbeit bei der Jugendhilfe verortet sein!

Peter Ritter
Jugendhilfeausschuss Mecklenburgische Seenplatte